Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2015-02-23

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter/in: Mitglieder der
Stadtvertretung Dr.
Andreas Oling, Petra
Federau, Dirk Lerche
Telefon:

**Antrag
Drucksache Nr.**

00270/2015

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Distanzierung von der Antifa und keine Finanzierung extremistischer Vereine und Aktionen

Beschlussvorschlag

Vor dem Hintergrund verfassungsfeindlicher Aufrufe , Beleidigungen und Gewaltbereitschaft gegen Mitmenschen und gegen die Polizei sowie dem strafbaren Unterdrücken des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung und Demonstration distanziert sich die Stadtvertretung aufs Entschiedenste von den Aktivitäten und Äußerungen der Antifa sowie jeglicher Gewalt und jeglichen Gewaltaufrufen, egal aus welcher Richtung. Des Weiteren beschließt die Stadtvertretung keinerlei Gelder an Vereine und Institutionen zu zahlen, die sich nicht eindeutig zum deutschen Rechtsstaat und zum Grundgesetz bekennen.

Begründung

Vor dem Hintergrund der Fundstücke der Antifa von den Montagsdemonstrationen in Stralsund, für die bereits eine Strafanzeige anhängig ist und den aktuellen Aufrufen der linksextremen, gewaltbereiten und gewalttätigen Organisationen auf der Internetplattform LINKSUNTEN.INDYMEDIA fordern wir alle Stadtvertreter der demokratisch gesinnten Parteien dazu auf, sich von den verfassungsfeindlichen Parolen und Gewalttaten extremistischer Organisationen, wie der Antifa zu distanzieren.

Es ist erschreckend, mit was für Parolen die linksextremen Antifa-Anhänger auf den Gida Gegendemos skandierten, ohne dass es bisher zu einem öffentlichen Aufschrei oder zumindest zu einer Thematisierung führte:

„Nie, nie, nie wieder Deutschland!“

„Heute wissen wir's genau: Morgenthau, der war schlau.“

„Schiebt ihr unsre Freunde ab, haun wir euch die City platt.“

„Kühe, Schweine, Ostdeutschland.“

„Nur für Arbeit gibt es Lohn. Bullen in die Produktion.“

„Lasst es krachen, lasst es knallen. Deutschland in den Rücken fallen.“

„Jetzt ist Schluss mit Tralala – Bock auf boxen, Antifa!“

Das ist fernab jeglicher Toleranzgrenze und darf nicht zum normalen Umgang auf Demonstrationen werden.

Wir sind verwundert, dass dies für Stadt- und Landespolitiker kein Anlass für eine Distanzierung war.

Was dürfen wir daraus schließen? Ist Gewalt und der Aufruf dazu von bestimmten Gruppen weniger schlimm oder gar duldsenswert?

Wir fordern alle Stadtvertreter auf, zu diesen undemokratischen Vorfällen nicht zu schweigen und sich von jeglicher Gewalt und jeglichen Gewaltaufrufen, egal aus welcher Richtung zu distanzieren.

Wir verteidigen die Freiheit aller Bürger. Jeder soll seine Meinung zu jeder Zeit frei äußern dürfen, und das bitte friedlich und im Respekt vor dem Andersdenkenden. Das muss der Grundkonsens einer freien Gesellschaft bleiben!

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

Antifa Aufrufe Stralsund

gez. Dr. Andreas Oling
Mitglied der Stadtvertretung (AfD)

gez. Petra Federau
Mitglied der Stadtvertretung (AfD)

gez. Dirk Lerche
Mitglied der Stadtvertretung (AfD)